



Pet 3-19-05-04-014085

73760 Ostfildern

Vereinte Nationen (UNO)

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 30.01.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass auch der UN-Flüchtlingspakt (wie auch der UN-Migrationspakt) nicht unterschrieben wird.

Die Petentin trägt zur Begründung im Wesentlichen vor, dass neben dem so genannten Globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen, aus dem sich unter anderem Österreich und zahlreiche andere Staaten bereits zurückgezogen hätten, die Vereinten Nationen einen weiteren Pakt planen würden. Der so genannte Flüchtlingspakt sei ähnlich verhängnisvoll für Deutschland wie der Globale Migrationspakt und führe zur Aushebelung der nationalen Souveränität in Einwanderungsfragen. Es sei geplant, diesen Pakt Mitte Dezember 2018 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu verabschieden. Der Flüchtlingspakt beinhalte zum einen eine weitreichende Ausdehnung des Flüchtlingsbegriffes, zum anderen großangelegte Umsiedlungsprogramme. So soll künftig in großen Wanderungsströmen nicht mehr zwischen klassischen Flüchtlingen und sonstigen Migranten unterschieden werden. Wohlhabende Staaten würden zu umfangreichen Umsiedlungsprogrammen für Flüchtlinge aus Erstaufnahmeländern verpflichtet werden. Damit werde eine „positive Atmosphäre für Umsiedlungen“ geschaffen. Dies sei abzulehnen. Der Pakt missbrauche damit den Flüchtlingsbegriff als Vorwand, um nationale Einwanderungsgesetze zu umgehen und Millionen von Einwanderern dauerhaft in Europa anzusiedeln. Die Petentin habe den Eindruck, dass hier ein Regelwerk verabschiedet werde, welches weitreichende Konsequenzen sowohl



für die nationale Einwanderungspolitik als auch auf internationaler Ebene nach sich ziehen werde. Daher lehne die Petentin diesen Pakt strikt ab und fordere den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung dazu auf, den Globalen Flüchtlingspakt auf keinen Fall anzunehmen und bei der UN-Vollversammlung Mitte Dezember 2018 gegen diesen Pakt zu stimmen. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Eingabe hingewiesen.

Soweit die Petentin in ihrer Petition sich auch gegen die Verabschiedung des **globalen Migrationspaktes** (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) wendet, ergänzt der Petitionsausschuss, dass dieses Anliegen aus arbeitsorganisatorischen Gründen unter dem Aktenzeichen Pet 3-19-05-04-013406 bearbeitet wird (vergleiche hierzu die Ausführungen in der E-Petition (öP) unter Id: 85565).

Die vorliegende Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt und dort diskutiert. Der Petition schlossen sich 332 Mitzeichnende an, und es gingen 74 Diskussionsbeiträge ein.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss weiterhin mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs mit dieser Petition einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen werden. Es wird um Verständnis gebeten, dass möglicherweise nicht alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen dargestellt werden.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes sieht das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung folgendermaßen aus:

Der Globale Pakt für Flüchtlinge (englisch: Global Compact on Refugees, GCR), auch kurz UN- bzw. UNO-Flüchtlingspakt, ist eine internationale Vereinbarung, die mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen erarbeitet wurde, um eine planbare, angemessene Lasten- und Verantwortungsverteilung in Flüchtlingsfragen unter allen Mitgliedern der Vereinten Nationen zu erreichen.

Die überwältigende Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (VN) hatte am 17. Dezember 2018 den Globalen Pakt für Flüchtlinge angenommen. In der Generalversammlung stimmten 181 Staaten – darunter Deutschland – für die



entsprechende Resolution, zwei (USA und Ungarn) stimmten dagegen, drei (Dominikanische Republik, Eritrea und Libyen) enthielten sich.

Hintergrund für die Vereinbarung sind insbesondere weltweit stark gestiegene Flüchtlingszahlen und der damit einhergehende höhere Mittelbedarf des UN-Flüchtlingshilfswerks, der in der Vergangenheit nicht immer gedeckt werden konnte. Das Hilfswerk beschrieb den Vertrag als „unpolitisch“ und basierend auf den Grundsätzen des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 und dem Protokoll von 1967.

Der Globale Pakt für Flüchtlinge ist rechtlich nicht bindend. Er steht für den politischen Willen und das Bestreben der internationalen Gemeinschaft, die Zusammenarbeit und die Solidarität mit Flüchtlingen und Aufnahmeländern zu verstärken. Die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten bleibt gewahrt. Der Globale Pakt für Flüchtlinge begründet keine neuen rechtlichen Verpflichtungen und spricht daher auch von freiwilligen Beiträgen. Damit legt Deutschland auch weiterhin für sich selbst fest, welcher Beitrag zum globalen Flüchtlingsschutz zu welchem Zeitpunkt angemessen ist.

Große Fluchtbewegungen stellen Staaten vor Herausforderungen, die internationale Zusammenarbeit notwendig machen. Nur durch gemeinsame Anstrengungen der Staatengemeinschaft lässt sich faire Verantwortungs- und Lastenteilung erreichen. Dazu soll der Globale Pakt für Flüchtlinge beitragen.

Der Deutsche Bundestag hatte sich mit dem Flüchtlingspakt auf seiner 69. Sitzung am Freitag, 30. November 2018, intensiv befasst. Nachdem der Bundestag am Vortag mit großer Mehrheit auch für die Annahme des UN-Migrationspaktes gestimmt hatte, beschäftigten sich die Abgeordneten mit dem Globalen Flüchtlingspakt.

Der Deutsche Bundestag stimmte im Ergebnis mit großer Mehrheit für die Annahme des Globalen Pakts für Flüchtlinge, da er eine politische Berufungsgrundlage dafür liefert, Staaten, die den Pakt annehmen, in die Verantwortung zu nehmen. Deutschland erfüllt alle wesentlichen Ziele des Globalen Pakts für Flüchtlinge bereits heute – in vielen Punkten sogar auf höherem Niveau als dies im Globalen Pakt für Flüchtlinge vorgesehen bzw. gefordert wird.



In vielen Ländern der Erde wird sich die Situation von Flüchtlingen und der Menschen, die sie aufnehmen, durch die freiwilligen Selbstverpflichtungen des Globalen Pakts für Flüchtlinge verbessern.

Deutschland übernimmt bei der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen bereits jetzt schon deutlich mehr Verantwortung als andere Länder, auch in der Europäischen Union. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung wollen dies gemeinsam ändern – unter anderem durch eine fairere Verteilung. Trotz starker gesellschaftlicher Anstrengungen und des beeindruckenden bürgerschaftlichen Engagements werden die Grenzen der Integrationsfähigkeit in Deutschland sichtbar. Diesen Grenzen trägt auch die Migrationspolitik auf nationalstaatlicher Ebene klar Rechnung. Die gegenwärtigen Bedingungen stellen die Flüchtlingspolitik vor große Herausforderungen und beeinflussen den Gestaltungsspielraum Deutschlands. Die mit dem Flüchtlingspakt vereinbarten Ziele und Maßnahmen liegen im Ergebnis daher auch im deutschen Interesse.

Auf Grund der obigen Ausführungen kann der Petitionsausschuss die Forderung der Petentin nicht unterstützen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, da dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Der abweichende Antrag der Fraktion der AfD, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit gesetzliche Konsequenzen daraus zu ziehen sind und/oder soweit die Wirkung des Paktes als sogenanntes Soft-Law zu klassifizieren und auf seine Rechtsstaatlichkeit zum Legalitätsanspruch des deutschen Rechts zu bewerten ist und das Petitionsverfahren im Übrigen abzuschließen, wurde mehrheitlich abgelehnt.